

Europas Zukunft ist die Zukunft der Ukraine

Am 24. Februar 2022 begann der Überfall Russlands auf die Ukraine. Zu wenige hatten dies für möglich gehalten. Dass die europäische Friedensordnung schon 2014 mit der Annexion der Krim zerstört wurde, dass der Tyrann im Kreml dem Westen bereits 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz einen neuen kalten Krieg erklärte, hatte in Berlin und Brüssel bis 2022 wenig konkrete Folgen. Und auch nach 2022 scheint nicht überall verstanden zu werden, dass dieses Russland nicht in der Ukraine haltmachen wird.

Nach zwei Jahren „Zeitenwende“ müssen wir konstatieren, dass Europa in existenzielle Gefahr gerät. Die bisherige militärische Unterstützung der Ukraine reicht nicht aus, Russland aufzuhalten. Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas warnt, es werde zu wenig wahrgenommen, was sich in den Weiten Russlands zusammenbraue. Sie hat recht. Moskau hat die Weichen mittlerweile vollständig auf Krieg gestellt. Seine Wirtschaft, die sich insbesondere dank China und Indien von den westlichen Sanktionen unbeeindruckt zeigt, ist eine Kriegswirtschaft. Seine Gesellschaft ist eine Kriegsgesellschaft. An den Schulen und Universitäten des Landes werden die jungen Menschen darauf vorbereitet, den vorgeblich wiederaufgenommenen Großen Vaterländischen Krieg (1941-1945) fortzusetzen.

Im November droht mit Donald Trump ein Mann ins Weiße Haus zurückzukehren, der die NATO-Beistandspflicht und damit die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa offen in Frage stellt. Mehr und mehr EU-Staaten investieren jetzt deutlich mehr in ihre Verteidigungsfähigkeiten. Diese zu erlangen braucht aber Zeit, und der nukleare Schutzschirm der Amerikaner dürfte kaum zu ersetzen sein. Während die Ukrainerinnen und Ukrainer unermessliche Opfer bringen, zaudern und zögern Verantwortungsträger in Deutschland und Europa bei



*Hoffnung statt Angst in unsicheren Zeiten: Beim Bundesausschuss von EUD und JEF stand die EurHope-Kampagne zur Europawahl im Zentrum.
Foto: Lutz Gude/JEF*

der Lieferung von Waffensystemen, haben zu lange mit dem Ausbau von Produktionskapazitäten für Munition gewartet oder sie lassen ihren Reden keine Taten folgen. Dabei sollte klar sein, dass ein ukrainischer Zusammenbruch nicht nur eine riesige Migrationsbewegung in Gang setzen würde. Russland hätte gelernt, dass hoher Einsatz lohnt, und der Feind stünde bald vom Arktischen Meer bis zum Schwarzen Meer durchgehend an den Grenzen der EU.

Die Balten wissen, was droht. Länder wie Finnland, Schweden und das eng an die EU assoziierte Norwegen bereiten sich sehr konkret auf das für Viele Undenkbare vor. Das gilt nicht nur für ihr Militär, sondern auch für ihre Gesellschaften. Wenig davon ist in Deutschland und den meisten anderen EU-Staaten zu sehen. Dabei gilt es neben der Wiederherstellung der Fähigkeit zur Landesverteidigung dringend Fragen zu beantworten, u. a. wie es im Ernstfall um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung bestellt ist oder ob die Verkehrsinfrastruktur massiven Truppenverlegungen gewachsen wäre.

Die Verantwortung für das Zurückdrängen Russlands und die Zukunft Europas lassen sich nicht voneinander trennen. Europa muss sich erweitern und gleichzeitig seine Handlungsfähigkeit sicherstellen. Die Ukraine entrichtet seit dem Euro-Maidan einen hohen Preis für ihren Weg nach Europa. Sie zeigt, dass die Demokratie stark sein kann. Es wird kaum möglich sein, sie warten zu lassen, nur weil die EU nicht in der Lage ist, ihre Institutionen zukunftsfest aufzustellen. Mit Moldawien und Georgien, die ohnehin bereits Opfer russischer Aggression geworden sind, darf sich nicht wiederholen, was der Ukraine widerfahren ist.

Statt die EU mit dem „German Vote“ lahmzulegen, sollte Berlin sein potenzielles Gewicht einbringen, um die EU handlungsfähig zu machen. Das Europäische Parlament hat dazu konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir europäische Föderalistinnen und Föderalisten fordern seit vielen Jahren die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und eine weitere Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene. Die Zeitenwende überstehen wird Europa nur, wenn es sich nicht





auseinanderdividiert und die Mitgliedstaaten ihre gemeinsame Verantwortung so organisieren, dass europäische Politik aus einem Guss möglich wird. Die europäische Gesellschaft ist entgegen vieler Unkenrufe bereits Wirklichkeit. Was den EU-Bürgerinnen und Bürgern fehlt, ist eine den Anforderungen der Zeit angemessen handlungsfähige europäische Politik. Die Nationalstaaten allein werden nicht mehr für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sorgen können.

Es wäre fatal für Europa, wenn mit Blick auf die Entwicklung der USA ein Wettlauf einzelner EU-Staaten um die Gunst Wa-

shingtons die Folge wäre. Europa muss geschlossen auftreten und in der Welt mit einer Stimme sprechen. Berlin, Paris und Warschau müssen endlich eine gemeinsame Sprache finden, die weit über diplomatische Erklärungen und Formelkompromisse hinausreicht. Unsere Regierungen schulden das nicht nur uns, ihren Bürgerinnen und Bürgern. Sie schulden es auch der Ukraine, ihren tapferen Menschen und den vielen Opfern, die der Krieg bereits gefordert hat.

*Christian Moos
Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland*

In einer aktuellen Stellungnahme fordert des Präsidiums der Europa-Union Deutschland mehr militärische Unterstützung für die Ukraine. Mit einem Russland, das seine imperialen Ziele nicht aufgeben wird, könne es keinen Verständigungsfrieden geben, heißt es in der Erklärung. Lesen Sie die Stellungnahme in ihrem Wortlaut auf unserer [Website](#). ■

Erfolgreicher Auftakt der EUD-Bürgerdialoge im Wahljahr 2024

Volles Haus in Saarbrücken und Bremen

„Europa: Wir müssen reden“ heißt es nun bereits im zehnten Jahr, wenn die Europa-Union zu ihren bundesweiten Bürgerdialogen einlädt. Mit unserer neuen Reihe „Europäische Rathausgespräche“, die der Bundesverband in Kooperation mit Landes- und Kreisverbänden veranstaltet, wollen wir gerade im Vorfeld der Europawahlen das Gespräch mit den Menschen suchen und eine Plattform zum sachlichen Austausch auf Augenhöhe anbieten.

Die Stimme der deutsch-französischen Grenzregion

Zur Auftaktveranstaltung am 27. Januar kamen mehr als 120 Gäste in den Festsaal des Saarbrücker Schlosses. Gemeinsam mit Peter Gillo, Direktor des Regionalverbands Saar Moselle, Manuela Ripa MdEP (ÖDP) und Roland Theis, Spitzenkandidat der CDU Saar, diskutierte das Publikum unter der Moderation von Helene Salzburger über grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die Europawahlen und die Wünsche der Saarländerinnen und Saarländer für Europa.

Dass die Gefahren von rechts, von den „Gegnern Europas“, groß sind, darin waren sich alle Rednerinnen und Redner einig. Zuversichtlich stimme, dass deutschlandweit

hunderttausende Menschen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Hass und für Demokratie, Frieden und Freiheit auf die Straße gegangen sind. Dennoch müsse die Demokratie jeden Tag verteidigt werden und auch die Unentschlossenen erreicht werden. Die Appelle waren klar: „Wir brauchen in Zeiten der Globalisierung und der Vielfachkrisen mehr Europa und nicht weniger!“ Besonders in Grenzregionen wie dem Saarland sei die Europäische Union die größte Antwort auf un-

sere täglichen Herausforderungen, stellte Europa-Union-Landesvorsitzender Timo Stockhorst in seinem Grußwort fest. Gleichzeitig sei deutlich, dass Bürokratie und administrative Hürden, an denen Menschen regelmäßig verzweifeln, in der EU weiter abgebaut werden müssten. Das sahen auch Gillo, Ripa und Theis so. Im Austausch mit dem Publikum zu den deutsch-französischen Beziehungen wurde u. a. herausgearbeitet, dass es Entbürokratisierung auch zwischen den beiden Ländern



Das Publikum in Saarbrücken: Votum per „Daumen“

Foto: EUD

„auf allen Ebenen“ brauche und im Saarland die Förderung der französischen Sprache weiter verstärkt werden müsse, insbesondere durch mehr Austausch mit Partnerschulen, aber auch in anderen Lebensbereichen wie in Vereinen oder in der Jugendarbeit.

Per Slido-Abstimmung danach gefragt, welche Prioritäten die EU-Politik nach den Wahlen setzen sollte, nannte das Publikum am häufigsten Klimaschutz, Demokratiebildung, Schutz der Demokratie, Bürokratieabbau und Verteidigung und Sicherheit. Die vielen qualifizierten Fragen ließen erahnen, dass vor allem aufgeklärte, informierte und interessierte Gäste am Bürgerdialog teilgenommen haben. Die Redner betonten daher, dass es in den kommenden Monaten entscheidend sein werde, mit den Menschen zu reden, die an der EU zweifeln und die skeptisch sind, und ihnen klarzumachen, dass diese Wahl nicht für Protest geeignet ist.

Mit Zuversicht, Mut und der Einsicht, dass der Einsatz für Demokratie und geeintes Europa nie enden darf, schloss der Bürgerdialog in Saarbrücken.

Bremer Dialog zu Rechtspopulismus und Europawahlen

Knapp 100 Tage vor den Europawahlen kamen am 7. März über 150 Gäste zum zweiten „European Townhall Talk“ zusammen, um über die Gefahren eines Rechtsrucks bei den Wahlen zu diskutieren. Im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft tauschten sich die Teilnehmenden im dynamischen Fish-Bowl-Format mit Prof. Dr. Pia Lange, Direktorin des Zentrums für Europäische Rechtspolitik, Dr. Thomas Köcher, Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Bremen, und Dr. Helga Trüpel, Vorsitzende der Europa-Union Bremen und ehemalige Europaabgeordnete, aus.

Der Konsens war deutlich: Ein Erstarken europafeindlicher und rechtspopulistischer Stimmen ist nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in Deutschland besorgniserregend.

Bei der EU-Wahl könnte sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments in eine demokratiefeindliche Richtung verschieben. Daher war ein zentrales Anliegen dieses Bürgerdialogs, die drängenden Fragen „In



Diskussion im Fish-Bowl-Format in Bremen

Foto: Björn Wiedenroth

welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ und „Was steht auf dem Spiel?“ zu diskutieren.

Die Rednerinnen und Redner äußerten zwar ihre Hoffnung angesichts der aktuellen Mobilisierung gegen rechtsextreme und antidemokratische Tendenzen, erkannten aber eine Bedrohung der liberalen Demokratie. Thomas Köcher stellte fest: „Unsere Demokratie befindet sich in einer Krise und ist ein System, das es zu schützen gilt!“ Auch die Zivilgesellschaft sei hier in der Bringschuld und müsse Verantwortung übernehmen. „Zu einem aufgeweckten Leben gehört es dazu, sich zu engagieren, zu informieren, eine Meinung zu bilden und diese auch ändern zu können“, so Helga Trüpel. Pia Lange ergänzte: „Kern der Demokratie ist die Gesellschaft von Freien und Gleichen. Wenn wir dies erhalten möchten, müssen wir uns dafür einsetzen.“

Herausgearbeitet wurde, dass der Rechtsruck in der Gesellschaft uns vor komplexe Probleme stellt, für die es keine einfachen Lösungen gibt. Eine Partei hierbei zu verteufeln, wurde in der Diskussion als wenig sinnvoll erachtet. Genauso wie Schuldzuweisungen zwischen den etablierten Parteien. Laut Köcher benötigen wir eine Frustrationstoleranz in der Demokratie. „In Europa brauchen wir viel Geduld, aber wir haben einen gemeinsamen Wertekonsens!“, so der Experte. Die Teilnehmenden äußerten daraufhin vermehrt den Wunsch nach einer Rückbesinnung auf diese Werte, aber auch nach einem stärkeren Engagement der Parteien im Europawahlkampf. Zusätzlich wurde betont: Demokratisches Engagement

muss Spaß machen, um politische Apathie zu überwinden. Auch positive Visionen müssten in den Vordergrund gestellt werden. Hinsichtlich Kürzungen von finanziellen Förderungen für Träger zivilgesellschaftlicher Projekte oder regionaler Initiativen zeigte das Publikum Unverständnis.

Der Ausbau der politischen Bildung wurde ebenfalls als bedeutsam herausgestellt. Anwesende Jugendliche äußerten den Wunsch nach einer besseren Vorbereitung auf die bevorstehende Europawahl. Ihre Forderung: Die nächste Wählergeneration muss über die Funktionsweise und die Vorteile einer Demokratie aufgeklärt werden! Lange betonte, dass auch abseits von Schulen dafür gesorgt werden müsse, die Demokratie und den Wahlakt stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Nach Meinung vieler Teilnehmenden sei auch eine verbesserte Medienkompetenz in der Gesellschaft notwendig. Deshalb forderte Trüpel, die Algorithmen der sozialen Medien offenzulegen, damit demokratische Debatten auch online gewährleistet werden können.

Zum Abschluss der Diskussion wurden das Publikum gebeten, seine Wünsche an die EU nach der Wahl am 9. Juni zu formulieren. Mehr politische Bildung, aber auch soziale Gerechtigkeit, Frieden, europäische Einheit und Klimaschutz sind für die Teilnehmenden des Bürgerdialogs in Bremen in der kommenden Legislaturperiode besonders wichtig.

Der Beitrag basiert auf Berichten von Jonas Heintz und Lena Reiter.

Endspurt zur Europawahl

Bundesausschuss verabschiedet Föderalistisches Manifest

Der gemeinsame Bundesausschuss von Europa-Union und JEF am 2. März brachte weiteren Schwung in unsere EurHope-Kampagne. Nach intensiver Debatte verabschiedeten die Delegierten das Föderalistische Manifest zur Europawahl, das in einem über einjährigen Prozess bei vielen Diskussions- und Redaktionsrunden vorbereitet worden war.

„Wir wollen Hoffnung entfachen und den Funken übertragen für die Europawahl!“, brachte JEF-Bundessekretärin Emmeline Charenton die Mission unserer Verbände auf den Punkt. EUD-Generalsekretär Christian Moos warnte in seiner Rede, dass die konstruktive Mitte im Europäischen Parlament zu schrumpfen drohe. Deshalb sei eine hohe Wahlbeteiligung 2024 besonders wichtig. „Die Menschen sind in ihrer großen Mehrheit proeuropäisch eingestellt, gerade auch die jungen Wählerinnen und Wähler“, so Moos.

Wie wir unsere Botschaften zu den Menschen bringen, darum ging es in drei Workshops. Der Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit behandelte erfolgreiche Strategien für die Veranstaltungsbewerbung, Pressearbeit und den Einsatz von Social Media für die gemeinsame Europawahl-Kampagne. Im Workshop „Demokratie verteidigen“ mit Expertinnen von „Kleiner Fünf“ wurde „radikal

höfliches“ Argumentieren gegen EU- und Demokratiefreundlichkeit vorgestellt. Bei den anstehenden Infoständen im Vorfeld der Wahl können diese Techniken und Herangehensweisen direkt zum Einsatz kommen. Wie man attraktive Infostände und Straßenaktionen gestalten kann, probierten die Delegierten beim EurHope-Kreativworkshop aus. Neben dem Publikumsmagneten Glücksrad wurden auch der Blickfang – die „Mauer der Klischees – vorgestellt, der EurHope-Bilderrahmen für Selfies und die EU-Herzkrantz und EurHope-Schablonen für Textil- und Straßenbemalung. Daneben bestand das Angebot, verschiedene Gesprächssituationen am Infostand auszuprobieren.

Die Delegierten legten sich kräftig ins Zeug und erhielten viele praktische Anregungen. Die gute Stimmung wurde beim traditionellen EUD/JEF-Familienfoto festgehalten. Das fröhliche Foto auf der Titelseite zeugt von dem Elan, mit dem unsere Verbände in den Endspurt zur Europawahl starten.

Das Föderalistische Manifest und der Appell für eine deutsch-französisch-polnische Initiative zur Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks, den die Delegierten formulierten, sind auf der [EUD-Webseite](#) zu finden. Das Manifest wurde im Nachgang der Tagung zusammen mit Leitfragen für Kandidatin-

nen und Kandidaten auch den Kreisverbänden als Handreichung für Veranstaltungen und Briefaktionen zur Verfügung gestellt. Informationen zu den Workshop-Inhalten und das Föderalistische Manifest als Broschüre sind bei der EUD-Bundesgeschäftsstelle erhältlich. ■



Impressum

1/2024

EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v. i. S. d. P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5.4.2024
Annahmetermin für Ausgabe 2/2024: 15.4.2024
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <https://www.goerres-druckerei.de>



Foto: JEF Deutschland

Sie sind interessiert an den Materialien und Aktionsideen, die auf dem Bundesausschuss präsentiert wurden? Hier werden Sie fündig:
<https://www.europa-union.de/aktivitaeten/europawahl-2024>
<https://www.europa-union.de/service/best-practice>

Tipps und Tricks für die Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit bieten unsere Dokumentationen zu den EUD-JEF-Akademien:
<https://www.europa-union.de/aktivitaeten/eud-jef-akademie>

Holen Sie sich die JEF und Europa auf die Ohren – mit dem Hör:stoff-Podcast!

Hör:stoff ist der offizielle Podcast der Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland und bietet die einzigartige Möglichkeit, tief in die Welt der europäischen Politik einzutauchen. Seit 1949 setzen wir uns leidenschaftlich für die Idee der Vereinigten Staaten von Europa ein und engagieren uns dafür, europäische Werte und Identität unter jungen Menschen zu fördern.

In der ersten Staffel des Podcasts nehmen wir Sie mit auf eine Reise durch die Geschichte und Strukturen der JEF. Moderiert von Sonja Ebbing, erhalten Sie Einblicke in unsere Arbeit, von der Verbandsentwicklung bis hin zur Antragsarbeit. Wie arbeiten Europa-Union und JEF zusammen? Und was ist „Europa in der Schule“? Erfahren Sie mehr über unsere Motivation und unsere Visionen für die Zukunft Europas.

Mit der zweiten Staffel, die im Februar 2024 gestartet ist, verschiebt sich der Fokus nun auf politische Themen, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen. Denken Sie gemeinsam mit uns über die Herausforderungen nach, denen wir uns gegenübersehen, wie etwa die Gefahr eines Rechtsrucks und die Mobilisierung junger Wählerinnen und Wähler. Wir beleuchten die Rolle der JEF in diesem Prozess und stellen unsere #EurHope-Kampagne vor, die Hoffnung und Begeisterung für Europa verbreiten soll.

House of Cards, Borgen und The Crown fesseln Millionen von Menschen jeden Abend

an die Bildschirme – doch wo bleibt die EU in der Serienwelt? Eine weitere Folge widmet sich der Politsatire „Parlament“, einer Serie, die sich humorvoll mit Intrigen und Machenschaften auf europäischer Ebene auseinandersetzt. Erfahren Sie aus erster Hand von Jan Diepers, dem Produzenten der Serie, wie europäisches Fernsehen funktioniert und wie „Parlament“ dazu beiträgt, Europapolitik auf unterhaltsame Weise einem breiten Publikum zu präsentieren. Moderatorin Paula Schmidt und Jan Diepers sprechen auch über lustige Momente bei der Entstehung der französischen Koproduktion und fragen sich, wie die Serie noch weiter in die EU und darüber hinaus getragen werden kann.

Ein weiteres Highlight ist das Gespräch mit dem Schauspieler Johann von Bülow, bekannt für seine Rolle als Martin Kraft in „Parlament“. Erfahren Sie mehr über seine spannende Rolle in der Serie und seine Sicht auf die Zukunft Europas. Johann von Bülow spricht auch über die Verbindung zu seinem entfernten Verwandten Lorient, seine Begeisterung für die französische Sprache und die Vision eines europäischen Bundesstaats. Und die alles entscheidende Frage wird natürlich auch beantwortet: Wie wird es weitergehen mit Martin Kraft und der Serie?

Kurz vor den Europawahlen werfen wir außerdem einen Blick auf strategische Fragen, darunter die Möglichkeit einer feministischen Außenpolitik (FFP) auf EU-Ebene. Paula



Schmidt diskutiert mit der Bundesvorsitzenden der JEF Deutschland, Clara Föller, und Expertin und Aktivistin Kristina Lunn vom Centre for Feminist Foreign Policy über mögliche Wege zu einer gerechteren und inklusiveren Europapolitik. Welche Strategien könnten eingesetzt werden, um FFP-Prinzipien im außenpolitischen Rahmen der EU zu institutionalisieren? Es wird auch um die Frage gehen, inwieweit die bevorstehende Wahl den Weg für eine feministische Europapolitik ebnen oder die EU noch weiter von der Möglichkeit der Annahme wegschieben wird.

Sie können „Hör:stoff“ überall dort hören, wo es Podcasts gibt. Bleiben Sie auch auf Instagram mit der JEF Deutschland für alle Neuigkeiten rund um Europa verbunden!

Verantwortlich: Paula Schmidt



ÜberzEUGen im Kiez: Neuaufgabe unseres Praxisleitfadens

Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist zurzeit wichtiger denn je. Denn der Wandel der Welt, der sich immens beschleunigt zu haben scheint, verunsichert viele Menschen. Er macht Angst und er macht es Angstmachern leicht, daraus Kapital zu schlagen. Glücklicherweise gibt es ein wirksames Gegenmittel: den Dialog. Der Dialog ist der beste Weg zu neuen Erkenntnissen, das wussten schon die alten Griechen. Zugewandtes Zuhören und Fragen, die zum Nachdenken anregen, sind der Königsweg, um Ängste und Vorurteile abzubauen. Dass dies nicht kompliziert sein muss, zeigt der „Praxisleitfaden ÜberzEUGen im Kiez“. Dieser ist ein hilfreiches Werkzeug zur Verbesserung der eigenen Gesprächstechniken. Er fasst das A und O eines erfolgreichen Bürgergesprächs in zugänglicher Sprache zusammen und gibt hilfreiche Praxisbeispiele. Viel Spaß bei der Lektüre.

Die Broschüre kann bei der Bundesgeschäftsstelle der EUD bestellt oder als digitale Variante über die [Website](#) heruntergeladen werden. ■

Bremen

Für Vielfalt!

Am 21. Januar verbrachte die Europa-Union Bremen einen Tag ganz im Zeichen der Demokratie.

Ursprünglich hatten wir an diesem Tag den Neujahrsempfang unseres Landesverbandes geplant. Wir freuten uns auf eine Lesung mit Marko Martin, anschließend sollte es politische Gespräche und prickelnden Sekt geben. Doch dann wurden auch wir von einem Ereignis bewegt, welches rund 1,4 Millionen Menschen in Deutschland auf die Straße zog: die Veröffentlichung des Recherchenetzwerks Correctiv. Die Demonstration gegen Rechtsextremismus in Bremen fiel auf denselben Termin wie unsere eigene Veranstaltung. Kurzerhand entschieden wir uns, den Neujahr-

empfang abzusagen und stattdessen etwas weitaus Wichtigeres zu tun – mit der Beteiligung an der Demonstration und dem Aufruf ein klares Zeichen für gesellschaftliche und politische Vielfalt zu setzen. Die Lesung mit Marko Martin konnte stattfinden, und so sorgte die Diskussion der Frage „Braucht die Gesellschaft Ketzler?“ (Ja, dringend!) dafür, dass wir einen Tag ganz im Zeichen des freien Denkens und demokratischen Tuns verbrachten.

Auch am 27. Februar ging es darum, ein Zeichen für Demokratie zu setzen und anlässlich des 2. Jahrestags des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine unsere Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern zu bekunden. Zusammen mit einem breiten Netzwerk aus Kooperationspartnern und -partnerinnen hatte die Europa-Union Bremen federführend die Organisation der Gedenkveranstaltung „Es lebe die Ukraine! Zwei Jahre



Zeichen gesetzt bei der Demo gegen Rechtsextremismus
Foto: EUD Bremen

russischer Angriffskrieg“ übernommen. Die Veranstaltung fand im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft statt, u. a. mit den Gästen Vassili Golod, Leiter des ARD-Studios in Kyjiw, und Dr. Franziska Davies, Historikerin und Osteuropa-Expertin.

Verantwortlich: Carolin Ryngler

Berlin

Demokratie leben und verteidigen

Wehende Europafahnen vor dem Bundestag: Für dieses Bild sorgten auch die Mitglieder und Freundinnen und Freunde der Europa-Union Berlin, die sich an der Großdemonstration „Wir sind die Brandmauer“ am 3. Februar beteiligten. Der Vorstand hatte beschlossen, die Aktion offiziell zu unterstützen – wie auch fast 2.000 weitere Organisationen. Ein starkes Zeichen der Zivilgesellschaft, das in Zeiten wie diesen besonders wichtig ist.

Doch die Demokratie braucht uns nicht nur auf nationaler Ebene. Im Juni ist Europawahl. Schon unseren Aktivtag im Sommer 2023 nutzten wir für ein Brainstorming erster Aktionsideen. Diese wurden zunächst vorstandsintern weitergesponnen. Im November gab es dann das große Kick-Off für unsere AG Europawahl – und die Hoffnung, dass sich viele Engagierte finden werden. Mit noch deutlich mehr



Auf dem Weg zur #WirSindBrandmauer Demo
Foto: Manuel Knapp

Freiwilligen als erwartet verlebten wir einen anregenden Abend in europäischem Ambiente in einem spanischen Tapas-Restaurant.

Die Ideen sind so vielfältig wie wir. Unser Erfolgsformat der Europäischen Kiezspaziergänge soll durch die Einbindung von je zwei Kandidierenden für die Euro-

pawahl ein Forum für persönliche Begegnung und Austausch werden. Aber auch ein klassischeres Format plant die EUB. Gemeinsam mit dem dbb beamtenbund und tarifunion und weiteren Partnern wird seit vielen Jahren der „Europäische Abend“ ausgerichtet. Anlässlich der Europawahl sind die Berliner Spitzenkandidierenden dazu eingeladen, miteinander und mit dem Publikum zu diskutieren. Doch wie erreichen wir jene, die solche Abende nicht ansprechen – oder die sich gar nicht mit der Europawahl beschäftigen? Diese wollen wir ganz niedrigschwellig in ihrem Alltag abholen. Bei einem Flashmob soll die „Ode an die Freude“ gesungen werden. Dadurch erzeugen wir Aufmerksamkeit für das Stattfinden und den Termin der Europawahl. Und nicht zuletzt begeben wir uns mit unserem EUB-Lastenfahrrad auf historische Pfade: Der Mauerweg soll gemeinsam befahren werden. Verschiedene Stationen laden zum Austausch und Mitmachen ein. Wir planen ein buntes Portfolio an Projekten und freuen uns, diese gemeinsam mit vielen engagierten Mitgliedern umzusetzen.

Verantwortlich: Anne Roewer

Brandenburg

Europäische Spuren in der Lausitz

Europa ist mehr als die EU, Förderprogramme und Politik. Europa beinhaltet auch eine gemeinsame Geschichte, Kultur und gemeinsam Erlebtes. Dies sichtbar zu machen, war Gegenstand des Wettbewerbs „Auf den Spuren Europas in der Lausitz“, den die Europa-Union Brandenburg 2023 initiiert hatte. Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, europäische Spuren in der Lausitz zu entdecken und zu dokumentieren. Am 13. März dieses Jahres war es soweit: Zehn von einer Jury gekürte Gewinnerinnen und Gewinner bekamen im Rahmen eines feierlichen Festaktes in Cottbus ihre Preise für besonders originelle Einreichungen verliehen. Unterstützt wurde der Wettbewerb vom Brandenburger Ministerium der Finanzen und für Europa sowie den Lausitzer Landkreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße sowie der Stadt Cottbus.

Oberbürgermeister Tobias Schick hieß die Preisträgerinnen und Preisträger im bis auf den letzten Platz gefüllten Stadthaus herzlich willkommen. Landrat Christian Jaschinski, Schirmherr des Wettbewerbs, würdigte in seinem Grußwort die Wichtigkeit des kulturellen Austauschs und einer lustvoll-kreativen Auseinandersetzung mit Europa.

Der erste Platz wurde gleich zweimal vergeben: an die Klasse 5a der Europaschule Wilhelm Nevoigt Cottbus für ihr europäisches Kinderparlament sowie an Ute Fisch für ihre europäischen Märchen. Den zweiten Platz belegte Irina Lehman mit ihrem Text über Europa in unserem Alltag. Der Verein Schullandheime e.V. Bautzen erhielt den dritten Platz für sein Jugend-Austauschprojekt Deutschland-Ungarn.

Die Landkreise wie auch die Stadt Cottbus hatten großzügige Preise zur Verfügung gestellt, darunter Besuche des Tierparks mit historischem Einblick hinter die Kulissen, Reisen mit dem Kulturzug Berlin-Wrocław, eine Wochenendreise zu zweit in den polnischen Partnerlandkreis Wolsztyn, mehrere Fahrtsicherheitsstrainings und andere schöne Preise.



Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs mit (2. Reihe v. l.) Oberbürgermeister Tobias Schick (Cottbus), Landrat Christian Jaschinski (Landkreis Elbe-Elster), Juryvorsitzender Julia Sahi (EUBB-Vorstandsmitglied) sowie (2. Reihe, ganz rechts) EUBB-Landesvorsitzender Dr. Mechthild Baumann
Foto: Philipp Strelitz

„Es ist bewegend, wie vielseitig die kreative Spurensuche verlaufen ist: Von der lyrischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte bis zur Fotografie, von der Prosa bis zur Foto-Dokumentation eines Kinderparlaments. Überall ist zu spüren, dass den Teilnehmenden die Beschäftigung mit Europa etwas bedeutet hat. Für uns als Veranstalter ist das die schönste Belohnung“, so Juryvorsitzende Julia Sahi.

Dr. Mechthild Baumann, Vorsitzende der Europa-Union Brandenburg, dankte allen Beteiligten herzlich für die wertvollen Beiträge: „Die Einreichungen haben eindrücklich gezeigt, dass europäische Werte, Kultur und Geschichte Teil unseres Alltags sind. Sie zeigen, dass wir eine echte Europäische Gemeinschaft sind. Im Vorfeld der Europawahlen ist das eine wichtige Botschaft.“

Verantwortlich: Dr. Mechthild Baumann

Oberhavel

Neujahrsempfang mit Damian Boeselager: Der Einladung zum ersten Neujahrsempfang der Europa-Union Oberhavel am 2. Februar im Veltener Ofen- und Keramikmuseum waren viele Gäste aus Zivilgesellschaft und Politik gefolgt. Ehrengast Damian Boeselager MdEP (VOLT) begeisterte das Publikum mit einem ebenso kurzweiligen wie tiefgründigen Vortrag über seine Arbeit

als Europaabgeordneter – nicht zuletzt darüber, wie es gelingt, auf europäischer Ebene Kompromisse zu finden und dennoch seine Ideale nicht aus dem Blick zu verlieren. Frisch, progressiv, leidenschaftlich europäisch: Der Input von Boeselager war inspirierend und vor allem ermutigend. Fazit: Es liegt an uns



Authentisch, unterhaltsam, überzeugend: Damian Boeselager MdEP bei seinem Besuch in der „Offenstadt“ Veltens
Foto: EUD Oberhavel

allen, für ein vereinigtes Europa zu werben und zu kämpfen! Der gelungene Abend, an dem auch einige neue Mitglieder für die Europa-Union gewonnen werden konnten, hat den Vorstand und die Akteure des noch jungen Kreisverbandes motiviert, sich in den kommenden Wochen und Monaten mit voller Kraft den Europawahlen zuzuwenden.

Verantwortlich: Marcel Ruffert

Schleswig-Holstein

Europa im Norden sichtbar machen

Pünktlich vor der Europawahl bringt die Europa-Union Schleswig-Holstein (EUSH) eine neue Website an den Start – die europeanews-sh.eu. Die Seite ersetzt nicht die Homepage des Landesverbandes, sondern soll allen europapolitischen Playern im nördlichsten deutschen Bundesland eine Plattform bieten, um Informationen und Events rund um die Themen „Europa in Schleswig-Holstein“ und „Schleswig-Holstein in Europa“ leicht zugänglich zu machen – powered by EUSH. Zu den Partnerorganisationen gehören u. a. das Hanse-Office in Brüssel, der Landesbeauftragte für politische Bildung, der Europaausschuss des Landtages sowie die Europäische Bewegung Schleswig-Holstein. Die Website bietet eine Übersicht zu europäischen Fördermitteln, einen Veranstaltungskalender, aktuelle News der EU und natürlich Infos zur Europawahl.

Bei der Vorstellung auf der Landespressekonzferenz am 29. Februar sagte Europaminister Werner Schwarz: „Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Europa und die EU aktuell stehen, ist es mir ein besonderes Anliegen, möglichst viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, insbesondere Erst- und Nichtwählerinnen und -wähler, für die Errungenschaften der Europäischen Union in ihrem Alltag zu sensibilisieren und zu motivieren, ihre Stimme bei der kommenden Europawahl abzugeben. Erstmals sind auch 16- und 17-Jährige in Deutschland wahlberechtigt. Es ist daher aus meiner Sicht von entscheidender Bedeutung, dass sich gerade junge Menschen niedrigschwellig und strukturiert aus vertrauenswürdiger Quelle rund um das Thema Europa informieren können. Mit der von meinem Ressort mitfinanzierten Webseite leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, dass unsere Bürgerinnen und Bürger informierte Entscheidungen treffen können, wenn sie am 9. Juni an die Wahlurnen gehen.“

Mit den europeanews-sh.eu wird ein wichtiger Beitrag zur Schaffung einer europäischen



Landesvorsitzender Uwe Döring wird interviewt von NDR und R.SH.

Öffentlichkeit geleistet. Die Website führt den Menschen die positiven Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf ihr tägliches Leben vor Augen und verbindet das vermeintlich ferne Brüssel und die europapolitischen Player in Schleswig-Holstein mit den Menschen im Land.

Deine Zukunft – Deine Wahl!

Die vom Landesverband organisierten Europa-Klassenfahrten fanden vom 22. bis 24.01. und 24. bis 26.01. in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Mit dabei waren dieses Mal Schülerinnen und Schüler der Schule am Meer in Büsum sowie der Friedrich-List-Schule in Lübeck. Im Fokus stand die bevorstehende Europawahl.

Zunächst ging es darum, die EU und ihre wichtigsten Institutionen besser kennenzulernen: Was ist der Unterschied zwischen Europäischem Rat und dem Rat der EU? Wie viele Amtssprachen gibt es in Europa? Welche Aufgaben hat die EU-Kommission, und was

machen eigentlich die Abgeordneten im Europaparlament? Der Einstieg endete mit einem Kahoot-Quiz, was die Schülerinnen und Schüler richtig in Fahrt brachte. Anschließend wurden die Klassen in Kleingruppen aufgeteilt; jede widmete sich einem Schwerpunktthema der europäischen Politik, darunter der European Green Deal und die EU-Erweiterungspolitik. Die Jugendlichen waren dazu aufgerufen, in ihrer Gruppe einen gemeinsamen Standpunkt zum Thema zu entwickeln und diesen am Ende der Klassenfahrt in Form einer kreativen Präsentation vorzustellen.

Am zweiten Tag stand die Europawahl im Mittelpunkt. In einem dreistündigen Workshop ging es von der Rolle des Europaparlaments über die Themen Wahlkampf und -werbung bis hin zu Fake News. Abgerundet wurde das Programm mit einem Planspiel, bei dem die Jugendlichen in die Rollen von Europaabgeordneten schlüpfen, um gemeinsam einen Vorschlag zur Eindämmung von Falschmeldungen und Hate Speech im Netz zu erarbeiten.

Am letzten Tag ging es noch einmal an das Feintuning der Abschlusspräsentationen. Die Ergebnisse reichten von kleinen Videoclips bis hin zu Theaterszenen. Abschließend hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, mit Politikern ins Gespräch zu kommen. Zu Gast waren u. a. die Spitzenkandidaten von CDU (Niclas Herbst) und FDP (Helmer Krane), die sich auch kleine Wortgefechte lieferten. Eine anschauliche Gelegenheit, um Wahlkampf live zu erleben.

Am Ende waren alle Beteiligten, Schülerinnen und Schüler wie auch deren Lehrkräfte, zwar erschöpft, aber dennoch begeistert. Hochmotiviert startet die Europa-Union nun in die Planungen für die Europa-Klassenfahrten 2025.

Verantwortlich: Ralf Rose



Diskussionsrunde während der Europa-Klassenfahrt

Beide Fotos: EUSH

Niedersachsen

Erfolgreiche Klausurtagung

Die Klausurtagung des Landesvorstandes war aus Sicht der Beteiligten ein Erfolg. Mit Grant Hendrik Tonne MdL und Lena Düpont MdEP haben wir verbands- und europapolitische Fragestellungen intensiv diskutieren können. Eine Begegnung mit Tobias Sperling vom Kreisvorstand Nienburg lässt erwarten, dass wir alsbald dessen rund 70 Mitglieder stärker in unsere Verbandsstruktur einbinden. Grant Hendrik Tonne wird bei der Revitalisierung des Kreisverbandes als Neumitglied unterstützen.



Der Vorstand der Europa-Union Niedersachsen mit seinen Gästen auf seiner Klausur
Foto: Cord Wilhelm Kiel

Bei den Fragen der Finanzverfassung unseres Verbandes haben wir vereinbart, zur Landesversammlung einen Antrag stellen zu wollen, wonach ab 2025 je Mitglied p. a. 27 Euro an den Landesverband unabhängig von der Einstufung als Regelzahler oder Halbzahler abzuführen sind. Das ist die spiegelbildliche Übertragung der Beschlüsse des letzten Bundeskongresses und Finanz-BAs in Halle (Saale). Mit der JEF werden wir über eine Änderung des bisherigen Doppelmitgliedschaftsabkommens verhandeln.

Wir haben festgelegt, welche Kreisverbände bzw. Aktionen für eine 100-prozentige Förderung im Rahmen der Sondermittel des Europaministeriums vorzusehen sind. Die Landesvorstandsmitglieder aus den

betroffenen Kreis- bzw. Regionsverbänden (Braunschweig, Celle, Verden, Hannover, Oldenburg, Osnabrück) werden ihren Vorständen berichten. Göttingen erhält für seinen bereits geplanten Bürgerdialog „Europa kommunal“ eine Teilförderung über unsere üblichen Projektmittel.

Europäische Bewegung

Europäischen Gedanken im Land fördern: Am 23. Januar fand die Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Niedersachsen (EBN) statt. Es kamen über 20 Delegierte der Mitgliedsorganisationen sowie Vertreter interessierter Vereine und Verbände zusammen, die von Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz begrüßt und durch die Sitzung geleitet wurden.

Wiebke Osigus, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und regionale Entwicklung, betonte in ihrem Grußwort die Bedeutung der europäischen Idee und lobte das Engagement der EBN. Im lebhaften Diskurs setzten sich die Anwesenden mit der Stärkung der Zivilgesellschaft als wichtigem Teil der europäischen Krisenbewältigung auseinander. Die Förderung des europäischen Gedankens im Flächenland Niedersachsen ist dabei eine zentrale Aufgabe. In Anbetracht der gegenwärtigen multiplen Krisen, der Gefährdung der Demokratie, des Klimawandels, des Angriffskriegs auf die Ukraine und der sozialpolitischen Verantwortung angesichts steigender globaler Ungerechtigkeit müssen Demokratinnen und Demokraten europaweit zusammenstehen

und gemeinsame Lösungen für die aktuellen Herausforderungen bieten. Dazu ist es wichtig, Europa als Querschnittsthema auch in der Bildung zu verankern und lokal greifbar zu machen. Dafür hat die EBN im letzten Jahr das Kinderbuch „Anna und Fredi entdecken Europa“ entwickelt, das in den nächsten Monaten durch tatkräftige Unterstützung der Mitgliederorganisationen seinen Platz in Einrichtungen frühkindlicher Bildung einnehmen wird.

Vechta

Rathausgespräch mit Lena Düpont:

Die Europa Union Vechta lud zu ihrem 2. Rathausgespräch ein, diesmal mit der Europaabgeordneten Lena Düpont. Themen des Abends waren Sicherheitspolitik und Migration. Die Europäische Union stehe von innen und von außen unter Druck, sagte Düpont. Während sich die EU-Mitgliedstaaten darin einig seien, Israel Beistand leisten zu wollen, gäbe es keine geschlossene Haltung im Kampf gegen die Hamas. Fortschritte sieht Düpont bei der Verabschiedung des Asyl- und Migrationspaketes. Mehrfach betonte sie, dass viele in Deutschland und in der EU noch nicht in der „Neuzeit“ angekommen seien. Europa müsse sich angesichts der globalpolitischen Entwicklungen darauf einstellen, in Zukunft selbst für seine Sicherheit zu sorgen. Dazu zähle neben der gemeinsamen Außenpolitik auch eine „Armee der Europäer“, die zwar nicht in Konkurrenz zur NATO, aber dazu ergänzend aufgebaut werden müsse.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel



Die Delegierten bei der Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung

Foto: EBN

Nordrhein-Westfalen

Gemeinsame Klausurtagung von NRW und RLP

Zur Vorbereitung auf die Europawahlkampagne EurHope und zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden trafen sich die Landesvorstände der Europa-Union Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vom 19. bis 21. Januar zu einer gemeinsamen Klausurtagung in Bad Neuenahr.

Nach der Ankunft und einem gemütlichen Beisammensein am Freitagabend wurde der Samstag für intensive Gespräche genutzt. Wesentliches Thema der Diskussion unter gemeinsamer Leitung der Landesvorsitzenden Peter W. Wahl (NRW) und Dr. Norbert Herhammer (RLP) war die anstehende EurHope-Kampagne zur Europawahl.

Die Landesvorstände besprachen auf Grundlage eines Vortrages von Matthias Meinert (JEF-Vorsitzender NRW und Mitglied der bundesweiten Steuerungsgruppe zur Kampagne) verschiedene Aspekte der Kampagne, insbesondere die zentralen Forderungen, mögliche Aktionsformen und die Bestellung von Werbematerial.

Ein besonderer Schwerpunkt der Gespräche zur Kampagne lag auf der Frage, wie junge Menschen am besten zu erreichen sind, beispielsweise über Partnerschaften

im Schulbereich. Auch der Umgang mit dem derzeitigen Klima in der Gesellschaft, etwa dem Aufstieg europafeindlicher Parteien wie der AfD, wurde rege debattiert.

Neben der Kampagne im Speziellen berührten die Gespräche der Klausurtagung auch viele grundsätzlichere Angelegenheiten wie den Austausch zur Stärkung der Verbandsarbeit, beispielsweise im Bereich der Mitgliederstruktur und des Engagements vor Ort durch die Kreisverbände, sowie die sichere Finanzierung der Verbandsarbeit.

Am Sonntag wurde die Klausurtagung mit einer Rundfahrt durch das Ahrtal abgeschlossen. Unter ortskundiger Führung von Heinz-Wilhelm Schaumann (ehem. Vizepräsident der EUD) besuchten die Gäste verschiedene Orte und machten sich ein Bild über die Folgen der Hochwasserkatastrophe von 2021, die immer noch sichtbaren Schäden, aber auch die große Solidarität und die verschiedenen Projekte zum Wiederaufbau vor Ort.

Bildungsreise im Juni

Nach einer mehrjährigen Pause auf Grund der COVID-Pandemie veranstaltet die Europa-Union NRW dieses Jahr wieder eine Bildungsfahrt. Gemeinsam mit dem DEPB (Deutschland- und Europapolitisches Bildungswerk NRW) geht es vom 16. bis 20. Juni unter dem Titel „Die Europäische Union – Mehr als nur ein Wirtschaftsraum!“ nach Oppenau und Straßburg.

Neben Besuchen beim Europarat und

dem Europäischen Parlament stehen unter anderem eine historische Stadtführung, ein Gespräch beim Europäischen Zentrum für Verbraucherschutz, eine Exkursion ins Elsass und zahlreiche weitere interessante Programmpunkte auf dem Reiseplan.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es auf der Homepage eu-nrw.de, unter ‚Aktivitäten‘ > ‚Studienreisen‘.

Wuppertal

Europäische Weinverkostung: Am 2. Februar experimentierte die Europa-Union Wuppertal im Rahmen des Projektes „Europa vor Ort“ mit einer neuen Formatidee: der Europäischen Weinverkostung. Die knapp 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durften sich unter den Wein-Erläuterungen von Peter Bothmann ganz den edlen Tropfen ausgewählter Mitgliedsländer hingeben, während Jakob Steffen diese mit Kerndaten und Fun-Facts der Länder und ihrer Bedeutung für die Europäische Union untermauerte.



Weinverkostung der EUD Wuppertal

Foto: EUD Wuppertal

Zwischen den sechs Weinrunden, welche durch ein indisches Curry abgerundet wurden, stellte u. a. Peter W. Wahl, Vorsitzender der Europa-Union NRW, eines der kommenden Formate für die Europawahlen, die Wahlarena, vor. Abschließend lässt sich sagen, dass die Europäische Weinverkostung als Format um Wiederholung bittet und die Möglichkeit bietet, mit Bürgerinnen und Bürgern in freundlicher Atmosphäre ins Gespräch über Europa zu kommen.

Verantwortlich: Simon Gutleben



Die Landesvorstände aus NRW und RLP bei der Klausurtagung im Ahrtal

Foto: EUD NRW

Rheinland-Pfalz

Europa-Vernetzungstreffen

Rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament, das in ganz Europa zwischen dem 6. und dem 9. Juni gewählt wird, lud die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz zu einem Vernetzungstreffen ein. Am 31. Februar trafen sich alle nur denkbaren Europa-Akteure und Multiplikatoren



Europa-Akteure trafen sich zum Austausch über Strategien für die Europawahlkampagne. Foto: EUD RLP

aus dem gesamten Bundesland, um sich über Kampagnen-Strategien zur Europawahl auszutauschen und koordinative Planungen zu besprechen.

Nachdem Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei die Bedeutung der bevorstehenden Wahl betonten und durch das Programm führten, stellten die beiden Europe Direct Büros aus Ingelheim und Kaiserslautern ihre Arbeit vor. Darüber hinaus gab es einen Input von Sandra Fiene, Pressesprecherin der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn, sowie von Jonas Roleder vom Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland. Spannend war vor allem letzterer, da Roleder praktische und umsetzbare Tipps für die Visual Identity und Umsetzung der Europawahlkampagne

geben konnte. Nach diesem wertvollen Austausch fühlen sich alle Teilnehmenden startklar für die kommenden Wochen vor der Europawahl.

Mainz

Vorstand neu gewählt: Zwei Jahre intensiver und aufregender Arbeit mit vielen Veranstaltungen und spannenden Gästen, wie beispielsweise dem Oberbürgermeister Nino Haase, lagen seit der letzten Vorstandswahl im Kreisverband Mainz zurück. Nun war es an der Zeit, einen neuen Vorstand zu wählen. Dazu kam die Mitgliederversammlung am 28.02. im Gutenberg Digital Hub zusammen.

Es herrschte sichtlich gute Stimmung. Die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich zur Wahl aufstellen ließen, waren gespannt, ob sie auch wieder gewählt würden. „Wieder“, weil die meisten von ihnen auch schon dem vorherigen Vorstand angehörten. Zur erneuten Kandidatur hat sie die bis dato erfreuliche und erfolgreiche Zusammenarbeit motiviert. Und so kam es auch: In ihren Ämtern bestätigt wurden Gerd Schreiner als Vorsitzender,



Motiviert und gut gelaunt startet der Mainzer Kreisvorstand in die neue Amtszeit. Foto: Thorben Wendel

Peter Albrecht als sein 1. Stellvertreter und gleichzeitig Generalsekretär, Esther Pasternak und Marc Riegel als stellvertretende Vorsitzende, Thomas Hollenbach nach fast 20 Jahren erneut als Schatzmeister und Kristina Diller, Fabian Ehmann, Jörn Hildner, Maike Malzahn, Lisa Mandau, Gabriele Müller, Annika Sinner, Peter Wadle als Beisitzerinnen und Beisitzer. Ganz neu dabei sind Marika Abada und Marie Kaiser sowie der Bundestagsabgeordnete Daniel Baldy.

Worms

Auf Zeitreise im Museum Andreasstift: Mitglieder der Europa-Union Worms besuchten die Sonderausstellung „Mythos Worms“. Zwar ist vielen Wormsern ihre Stadtgeschichte bekannt, doch Bewunderung rief einerseits die zeitgemäße Art der Präsentation hervor – dreitausend Jahre Stadtgeschichte als Digitalwandbild –, andererseits die profunde Führung durch den Konzeptkünstler Eichfelder, bei der informative Details zur Sprache kamen und sichtbar wurden. Wormser Geschichte war im Mittelalter zugleich ein Teil der europäischen Geschichte. Das visualisiert im Besonderen ein weiteres Kunstobjekt Eichfelders, das in absehbarer Zeit auf dem innerstädtischen Weckerlingplatz aufgestellt werden



In der Ausstellung „Mythos Worms“: Auf dem Thron der Ehrenvorsitzende Josef Schork, darunter Dr. Jörg Koch (l.) und Künstler Eichfelder (r.)

Foto: EUD Worms

den soll: der „Doppelthron“. Gewidmet ist der Sandsteinthron Karl dem Großen (747-814), dem „Vater Europas“, der in der ersten Hälfte seiner Herrschaftszeit von Worms aus regierte, und Kaiser Barbarossa (1122-1190), der für die Reichsgeschichte und besonders die Geschichte des heutigen Südwestdeutschlands (u. a. als Stadtgründer von Kaiserslautern) ebenfalls eine wichtige Rolle spielte und für den Worms eine „bevorzugte“ Stadt war.

Bei der anschließenden Jahreshauptversammlung dankten die Mitglieder dem langjährigen Kreisvorsitzenden Dr. Jörg Koch und seinem Team für die engagierte Vereinsführung. Anwesend war auch der Ehrenvorsitzende Josef Schork, der Anfang April seinen 90. Geburtstag feiert.

Verantwortlich: Lisa Mandau



Hessen

Groß-Gerau

Lesung mit Gerhard Bökel: Bei einer Kooperationsveranstaltung des Kreisverbands Groß-Gerau und des Stadtmuseums sprach der ehemalige hessische Innenminister Gerhard Bökel, selbst langjähriges Mitglied der Europa-Union, vor rund 40 Gästen. Bökel, der sich seit Jahren mit der Nazi-Besatzung Frankreichs befasst, stellte sein neues Buch „Bordeaux und die Aquitaine im Zweiten Weltkrieg“ vor. Das Thema des Buches hat in mehrfacher Hinsicht hessische Bezüge. Die Aquitaine ist seit 1995 Partnerregion Hessens. Während des Zweiten Weltkriegs war in Bordeaux der Frankfurter Richter Hans Luther für die Besatzungsmacht als Polizeikommissar eingesetzt. Er war für die Deportation von Juden, die Verfolgung der Résistance und damit verbundene Geiselererschießungen verantwortlich. Nach dem Krieg wurde er dennoch wieder Richter in Hessen. Bökel beschreibt, wie der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer vergeblich versucht hatte, Luther zur Rechenschaft zu ziehen. Bei der Darstellung der Résistance konnte der Autor auf persönliche Berichte von Widerstandskämpfern und letzten Zeitzeugen zurückgreifen, die in einen der letzten Transporte ins Konzentrationslager Dachau verbracht wurden – nach einer wochenlangen Odyssee durch Kampfgebiete mit zerstörten Bahnstrecken und einem Zwischenaufenthalt in der Synagoge von Bordeaux, die von den Besatzern unter Zerstörung des religiösen Mobiliars als Gefängnis genutzt wurde.



Autor Gerhard Bökel mit Kreisvorsitzender Ute Wiegand-Fleischhacker Foto: EUD Groß-Gerau

Oberlahn

70-jähriges Jubiläum: Der Kreisverband Oberlahn kann in diesem Jahr sein 70-jähriges Bestehen feiern. Gleichzeitig sind die Oberlahn-Europäer mit ihrem Vorsitzenden Tobias Eckert weiter sehr aktiv: So ist wieder der mit 500 Euro dotierte Europa-Preis ausgelobt. Am 21. Mai steht auf Initiative der Europa-Union Oberlahn eine Kundgebung „Pro Europa“ gemeinsam mit der Stadt Weilburg und dem Städtepartnerschaftsverein Weilburg an. Im Herbst ist dann eine offizielle Feier zum 70. Geburtstag geplant.

Kassel

Jahresauftakt: Einen gelungenen Jahresauftakt und 12 Neumitglieder konnte der Kreisverband Kassel verbuchen. Der traditionelle Neujahrsempfang war mit rund 140 Gästen im vollbesetzten Bürger-saal des Rathauses so gut besucht wie nie zuvor. Das Publikum spendete ordentlich Beifall bei den Ansprachen von Oberbürgermeister Sven Schoeller sowie den bei-



Impression vom Neujahrsempfang in Kassel

Foto: EUD Kassel

den Co-Vorsitzenden des Kasseler Ablegers der europäischen Bürgerbewegung, Bozena Meske und Hermann Heußner. Diese warnen vor einem weiteren Rechtsruck bei den im Juni anstehenden Europawahlen und unterstrichen die dringende Notwendigkeit zu informieren, zu kommunizieren und zu mobilisieren, um die europäische Demokratie zu stärken und den Einfluss rechtsextremer, anti-europäischer und populistischer Kräfte zu verringern. Einen Impuls soll die erstmals wirksam werdende Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre geben.

Demokratie-Demo: Flagge gegen Rechtsextremismus zeigte die Europa-Union Kassel zusammen mit rund 12.000 Menschen auf einer Demonstration. Am 2. Juni wird der Kreisverband seines ermordeten Mitglieds Dr. Walter Lübcke gedenken. Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten hat bereits vor fünf Jahren gezeigt, was passiert, wenn verbaler Hetze und populistischer Stimmungsmache durch Parteien wie der AfD Sympathisanten Taten folgen lassen. Nie wieder ist jetzt!

Schlüchtern-Gelnhausen

Kräfte bündeln im Europajahr: Die drei proeuropäischen Institutionen am Standort Gelnhausen – Europäische Akademie Hessen, Europa Akademie Schlüchtern und Europa-Union Schlüchtern-Gelnhausen – bündeln im Europawahljahr ihre Kräfte. Durch die gemeinsame Planung, Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen bestehe laut Vorsitzendem Thomas-Otto Schneider die einmalige Chance, in der „Neuen Mitte“ Schlüchtern ein hochkarätiges Bildungsangebot für Schulen, Ehrenamtliche und Multiplikatoren anzubieten.

Lahn-Dill

65 Jahre Partnerschaft: Vor dem Hintergrund des „Eisernen Vorhangs“ entstanden, können der Berliner Bezirk Neukölln und die mittelhessische Stadt Wetzlar in diesem Jahr 65 Jahre Städtepartnerschaft feiern.

Die Initiative zur Belebung der Partnerschaft hat auf mittelhessischer Seite die Europa-Union Lahn-Dill ergriffen. Gerade vor dem Hintergrund der Demokratiebildung und Aufarbeitung des SED-Unregimes sollen wieder vermehrt junge Menschen in die Städtepartnerschaftsarbeit eingebunden werden. Ein erstes Planungstreffen fand in der Britzer Mühle in Neukölln statt.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Baden-Württemberg

Neujahrsempfang

Der traditionelle Neujahrsempfang der Europa-Union, der Europäischen Bewegung und der Jungen Europäer – JEF BW fand in diesem Jahr wieder auf Einladung der Landesregierung im Neuen Schloss Stuttgart statt. Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt betonte in ihrem Grußwort, dass man eine starke Demokratie habe, was die vielfältigen Aktionen der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus unter Beweis stellten. Auch der baden-württembergische Europa-Staatssekretär Florian Hassler, der zugleich Präsident der Europäischen Bewegung im Land ist, forderte in seinem Grußwort die anwesenden Vertreter aus Politik und Gesellschaft auf, im Jahr der Europawahl den europäischen Gedanken zu betonen und dafür einzustehen. Die Landesvorsitzende der JEF, Emma Grabow, rief am Beispiel ihres eigenen „europäischen Moments“ die konkreten Vorteile der europäischen Idee in Erinnerung und forderte eine starke Unterstützung aktiver Jugendlicher.



Beim Neujahrsempfang der Europa-Verbände: (v. l.) Emma Grabow, Evelyne Gebhardt und (r.) Staatssekretär Florian Hassler
Foto: EUD Baden-Württemberg

Bündnis für Demokratie

Mit ihrer Beteiligung am „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ setzt sich die Europa-Union Baden-Württemberg gegen alle antidemokratischen Ten-

denzen sowie gegen Hass und Hetze ein. Bei einem Auftakttreffen verabschiedeten die über 70 Partner eine gemeinsame Erklärung. Beteiligt am Bündnis sind Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbände, Landkreise, Städte und Gemeinden sowie staatliche Institutionen, Vereine und Parteien in Baden-Württemberg.

Landesvorstände tagten gemeinsam

Ganz im Zeichen des freundschaftlichen und nachbarschaftlichen Miteinanders sowie der bevorstehenden Europawahlen stand die gemeinsame Landesvorstandssitzung der Europa-Union Baden-Württemberg und der Europa-Union Bayern in Memmingen.

Europawahl

Beim Neujahrsempfang der Europaverbände am 9. Februar im Stuttgarter Schloss wurde der Startschuss für die aktive Phase der gemeinsamen und transnationalen Europawahlkampagne von JEF und EUD in Baden-Württemberg gegeben. Bereits am Europatag 2023 wurde die Kampagne von JEF Europe gestartet und ging mit einer europaweiten Konsultation in die erste Runde. Durch die Befragung von jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 35 in 27 EU-Ländern konnten 1,5 Millionen Stimmen generiert werden. Daraus entstanden ist die Agenda der Hoffnung, die mit ihren 15 beliebtesten Ideen für ein besseres Europa die Grundlage für die inhaltliche Kampagnenarbeit bildet.

„EurHope“ soll allen JEF- und EUD-Verbänden als Dachmarke dienen, in deren Rahmen in den Bundes- und Landesverbänden Aktionen geplant sind. Neben Online-Wahlkampf, unterschiedlichen Veranstaltungen und Straßenaktionen soll in Baden-Württemberg auch Außenwerbung zum Einsatz kommen. Dadurch sollen die Bürger und Bürgerinnen für die anstehende Wahl sensibilisiert werden. Außerdem wird es vier große Demonstrationen bzw. Aktionstage geben. Der Fokus des JEF-

Landesverbands liegt dabei insbesondere auf Erstwählern und -wählerinnen im Alter von 16 bis 24 Jahren.

Eine gemeinsame Aktion von JEF und EUD in Kooperation mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg ist die Ape-Tour, die im Mai in verschiedenen Kommunen Halt machen wird. Außerdem sind ein Bürgerdialog in Konstanz und ein „Piz-za & Politik“-Event in Heidelberg geplant, wo auch Politiker und Politikerinnen aus Land-, Bundestag und Europaparlament teilnehmen werden. Es wird darüber hinaus im April auch eine JEF-Bildungsfahrt nach Zagreb in Kroatien geben.

Karlsruhe

Arte: Dem europäischen Fernsehsender Arte widmete der KV Karlsruhe einen Vortragsabend mit Werner Henn, der als Redakteur dort seit Sendebeginn 1992 bis zu seinem kürzlich erfolgten Ruhestand tätig war. Er berichtete über die Gründungsideen und die Anfänge bis hin zur heutigen Situation. Im Anschluss gab es aus dem interessierten Publikum noch weitere Fragen.

Bundesgerichtshof: Eine Gruppe der Europa-Union Karlsruhe hatte die Gelegenheit, den Bundesgerichtshof im Rahmen einer Führung zu besuchen. Die Gruppe besichtigte Sitzungssäle, die größte Gerichtsbibliothek Deutschlands, das rechtshistorische Museum und die Außenanlage. Für Staunen sorgte, dass für Urteile im Namen des Volkes kein Bundesadler im Raum sein muss oder er frei gestaltet sein darf wie der von Markus Lüpertz.

Heilbronn

Kundgebung: Bei einer Kundgebung auf dem Heilbronner Marktplatz waren neben gut 10000 Heilbronnern auch Mitglieder der Europa-Union Heilbronn vertreten, um für Europa und unsere Demokratie zu werben sowie gegen jeglichen Extremismus und alle Anti-Demokraten Flagge zu zeigen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Saarland

Weimarer Dreieck

Beim Europapodium 2024 am 18. Januar im Saarbrücker Rathausfestsaal diskutierten Expertinnen und Experten zum Thema „20 Jahre EU-Osterweiterung – Perspektiven des Weimarer Dreiecks im Europawahljahr“. Einführende Grußworte hielt Meike Kartes, Vorständin der ASKO Europa-Stiftung. Die Veranstaltung wird gemeinsam vom Frankreichzentrum der Universität des Saarlandes, der ASKO Europa-Stiftung, der Europäischen Akademie Otzenhausen und des EUROPE DIRECT Saarbrücken ausgerichtet. Partner sind das CEUS – Cluster für Europa-forschung an der Universität des Saarlandes, das Institut d'Études Françaises Saarbrücken, das Goethe-Institut Nancy und die Europa-Union Saar.

Dr. Landry Charrier, Leiter der deutsch-französischen Zeitschrift "Dokumente/

Documents", moderierte das Podiumsgespräch. Es diskutierten: Stephen Bastos, Projektleiter bei der Stiftung Genshagen, Dr. Claire Demesmay, Europa-Gastprofessorin am CEUS der Universität des Saarlandes im Sommersemester 2023 und Wintersemester 2023/2024, und Anna Witkowska, Studentin an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Saar und als aus Polen stammende Pädagogin Kennerin der dortigen politischen und gesellschaftlichen Lage.

Polens Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch den Wahlsieg eines pro-europäischen Parteienbündnisses im Oktober 2023 wurde von allen Diskussionsteilnehmern als Lichtblick für das Weimarer Dreieck und Europa gewertet. Für die kommenden Jahre sei es wichtig, dass verlorenes Vertrauen untereinander wiederhergestellt und dass ein echter politischer Wille zur Zusammenarbeit bewiesen werde. Neuen Elan könne ein gemeinsamer großer strategischer



Europapodium zum Weimarer Dreieck Foto: CEUS

Ansatz als „klarer Kompass“ in das Gesprächs- und Konsultationsforum bringen, so Bastos.

Damit Polen weiterhin auf „einem guten Weg“ bleibt, fordert Witkowska den schnellen Wiederaufbau der Demokratiebildung im Land. Vor allem um politisch Unentschlossene unter der Jugend müsse gekämpft werden, die rund ein Viertel der jungen Wähler in Polen ausmachten.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Sachsen

Ausstellung #EUwomen

Mit der Frage „Warum ist es wichtig, Frauen für die Europawahl 2024 zu motivieren?“ eröffnete Katharina Wolf die Ausstellung #EUwomen: Frauen in der europäischen Politik – Erfolge, Chancen und Hürden“ am 15. Januar in Leipzig. Die Ausstellung porträtiert weibliche Persönlichkeiten, die die europäische Integration mitgestaltet haben und bis heute mitgestalten. In ihrer Keynote erinnerte Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, Ministerin für Justiz und Gleichstellung a. D. und Vorsitzende der djb-Regionalgruppe Magdeburg, daran, dass Frauen bereits in der ersten Gründungsphase der Europäischen Union aktiv und wegweisend an der Entwicklung der europäischen Idee mitgewirkt haben.

Fünf Podiumsgäste diskutierten aus verschiedenen Perspektiven die Eingangs-

frage. Aus kommunaler Sicht führte Genka Lapön, Leiterin des Referats Gleichstellung der Stadt Leipzig, aus, dass die Gleichstellungspolitik der EU wichtiger Ideen- und Impulsgeber für ein gleichberechtigtes Wirken von Frauen in der Stadtgesellschaft sei. Erst die Frauen, so die Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Juristenvereinigung Prof. Dr. Ewa Tuora-Schwierskott, hätten den Regierungswechsel in Polen überhaupt möglich gemacht. Ihre Wahlbeteiligung lag mit 75 Prozent deutlich über der der Männer. Wie wichtig die Vernetzung der Frauen auf europäischer Ebene

ist, betonte Sophie Seyfert, stellv. Bundesvorsitzende der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen Union. Denn Frauen wählten Werte wie Bildung, offene Grenzen und Lösungen für globale Herausforderungen. Emely-Marie Schäfer, Vorsitzende der JEF Sachsen, appellierte an alle Frauen, wählen zu gehen, „weil wir wählen dürfen!“ Vor gar nicht langer Zeit hätten sich Frauen erst das Wahlrecht erstritten. Zudem warb sie dafür, jungen Menschen und jungen Frauen nicht nur eine Stimme, sondern auch Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik zu geben.



Blick in die Wanderausstellung

Foto: EUD Sachsen

Die Wanderausstellung #EUwomen wurde von der Freien Hansestadt Bremen in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland konzipiert. Die Veranstaltung wurde ermöglicht durch das Europa-Haus Leipzig/Europe Direct, die Stadt Leipzig und den deutschen Juristinnenbund.

Verantwortlich: Katharina Wolf

Mecklenburg-Vorpommern

Polen nach der Wahl

Beim traditionellen Deutsch-Polnischen Seminar, das der Landesverband mit seinen polnischen Partnern aus Koszalin in Neubrandenburg veranstaltete, stand der Meinungsaustausch über die Wahlen zum Sejm und deren Ausgang im Zentrum.

Insbesondere zwei Fragen bestimmten die Redebeiträge und Diskussion: Wie wird sich Polen nach den Parlamentswahlen aufstellen? Welche Auswirkungen hat das Wahlergebnis auf die Weiterentwicklung der EU und die Europawahlen 2024?

Dr. Igor Pogonowski von der TU Koszalin widmete sich der Politik Polens im Bereich der Rechtssicherheit. Für Pogonowski bedeutet Rechtssicherheit weitgehende Stabilität der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als Garant für Sicherheit überhaupt – für die Staatsbürger wie für die Wirtschaft. Wiewohl durch Gesetzesänderungen der Veränderung von gesellschaftlichen Realitäten Rechnung getragen werden müsse, habe unter der PiS-Regierung der Trend zu immer neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen beträchtlich zugenommen. Ein Grund sei mit hoher Wahrscheinlichkeit der Versuch der PiS gewesen, möglichst viele ihrer Vorhaben noch vor den Parlamentswahlen in Gesetzesakten zu verankern. Die z. T. unüberschaubaren Änderungen hätten zu einer mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz der Gesetzgebung und einem zunehmenden Vertrauensverlust in die öffentliche Verwaltung geführt. Während das Vertrauen in die Stabilität des Rechtssystems generell gesunken sei, stieg die Bereitschaft, Gesetze und Verordnungen bewusst zu umgehen. Die neue Koalitionsregierung habe nun die große Aufgabe, durch schrittweise Umsetzung von erforderlichen Änderungen der bestehenden Rechtsakte und durch

neue Festlegungen zur Realisierung ihrer Wahlversprechen die Überschaubarkeit der Gesetze und Verordnungen zu verbessern und insgesamt die Demokratie zu stärken.

Dr. Dariusz Magierek, ebenfalls von der TU Koszalin, äußerte sich zur Zukunft der Europäischen Union und der Rolle Polens in der EU. Er verwies darauf, dass die PiS in ihrer Regierungszeit ernsthaft versucht habe, den Austritt Polens aus der EU vorzubereiten, indem sie Angst vor der EU zu schüren begann. Die vorhandene proeuropäische Stimmung in der polnischen Bevölkerung habe sie außer Acht gelassen. Dank des großen Engagements der Zivilgesellschaft im Vorfeld der Wahlen, insbesondere dank der Mobilisierung von Frauen und Jugendlichen, konnte, so Magierek, eine hohe Wahlbeteiligung als Ausdruck von Veränderungswillen erreicht werden. Auf diese Basis könne sich die Tusk-Regierung stützen, was mit Blick auf die weitere Rolle Polens in der EU optimistisch stimme. Nach Einschätzung des Redners bestehe die Wahrscheinlichkeit, dass bei den Europawahlen vermehrt nationalistische Kräfte und rechtsextreme Gruppierungen in das Europäische Parlament einziehen werden. Angesichts des krisenhaften Auseinanderdriftens der Mitgliedsländer, der aktuellen weltweiten und europäischen Probleme werde es große Anstrengungen brauchen, um Europa auf einen vernünftigen Zukunftskurs zu bringen. Magierek verwies in diesem Zusammenhang auf die Vorschläge des Europäischen Parlaments vom 22.11.23 zur Veränderung der Verträge. Er setze auf die Hoffnung, dass ein starkes und gefestigtes Polen eine gewichtige Rolle bei den zu entwickelnden gemeinsamen Maßnahmen in der Europäischen Union spielen werde.

Der Beitrag basiert auf einem Bericht von Prof. Dr. Joachim Gasielki.

Neuer Kreisverband in Greifswald

Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern hat am 19. Januar das 1. Greifswalder Europagegespräch veranstaltet. Der Einladung folgten viele Interessierte. Anlässlich des Deutsch-Französischen Tages referierte der Zeithistoriker und Politologe Prof. Dr. Pierre-Frédéric Weber über die Potenziale der Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland für ein stärker vereintes Europa.

Im Anschluss an die Diskussion wurde der Kreisverband Greifswald ins Leben gerufen. Der Oberbürgermeister der Hanse- und Universitätsstadt, Dr. Stefan Fassbinder, der auch Mitglied der Europa-Union ist, betonte in seinem Grußwort: „Ziel ist es, im Vorfeld der Europawahlen ein demokratisches Zeichen für Europa zu setzen. Ich begrüße die Gründung des zivilgesellschaftlichen Kreisverbandes der Europa-Union. Das unterstreicht erneut das Engagement unserer Stadt für ein geeintes Europa.“ Landesvorsitzender Prof. Dr. Robert Northoff MdL fügte hinzu: „Die Gründung des Kreisverbandes bietet eine einmalige Gelegenheit, die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit auch in Vorpommern zu zeigen. Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen ist es wichtig, dass wir uns über die Zukunft Europas austauschen und gemeinsame Wege für ein starkes Europa finden.“

Vorsitzender des neuen Kreisverbandes ist Niels Gatzke, der auch Mitglied im Landesvorstand ist. Im Fokus der Arbeit des Kreisvorstandes werden zunächst Aktivitäten zur Europawahl stehen.

*Verantwortlich:
Niels Gatzke/Ralf-Peter Hässelbarth*

Brüssel

„MEET THE MEP“ startete ins neue Jahr

„MEET THE MEP“ heißt es auch in 2024: Nach zwei sehr gelungenen Gesprächs-abenden im vergangenen Herbst mit den Abgeordneten Axel Voss und Marion Walsmann (beide CDU) hat unsere Europa-Union Brüssel die Veranstaltungsreihe für junge Berufstätige zum Jahresbeginn mit Niklas Nienaß MdEP und Hannah Neumann MdEP (beide Bündnis 90/Die Grünen) nahtlos fortgesetzt.

Es hat uns sehr gefreut, dass wir am 29. Januar den Rostocker Europaabgeordneten Niklas Nienaß zu Gast hatten, EUD-Präsidiumsmitglied sowie Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament, mit der wir „MEET THE MEP“ in Kooperation ausrichten. In familiärer Atmosphäre bei Snacks und Getränken in der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern berichtete Nienaß von seinen Erfahrungen in der Regional-, Kultur- und Weltraumpolitik. Dabei beantwortete er zum Teil sehr persönliche Fragen der jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und gab interessante Einblicke in die Strukturen und Arbeitsabläufe seines Büros. Die Frage etwa, wie er seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswählt, war für das Publikum sehr spannend.



Hannah Neumann und Niklas Nienaß im Gespräch mit ihrem jungen Publikum

Beide Fotos: EUD Brüssel

Am 19. Februar konnten wir Hannah Neumann am gleichen Ort begrüßen. Hannah Neumann ist, wie auch Niklas Nienaß, seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Vorsitzende der parlamentarischen Delegation für die Beziehungen zur Arabischen Halbinsel und stellvertretende Vorsitzende im Unterausschuss für Menschenrechte schilderte sie ihre persönlichen Eindrücke und Erfahrungen, die sie im Rahmen von Delegationsreisen und Wahlbeobachtungsmissionen in den Iran und Irak sammeln konnte. Eindrucksvoll für die Zuhörerinnen und Zuhörer waren



Europa aktiv: Jetzt mit noch mehr Lesekomfort online

Die **Europa aktiv App** fürs Smartphone ist da! Lesen Sie unser Mitgliedsmagazin jetzt auch bequem von unterwegs. Laden Sie sich dafür einfach die Europa aktiv App aus den App-Stores von Apple oder Google herunter.

Für die Lektüre auf dem Computer bietet sich das Europa aktiv E-Paper an:
<https://kiosk.europa-union.de>

Europa aktiv App
im Google Play App Store



Europa aktiv App
im Apple App Store



auch ihre Berichte darüber, wie sie als relativ junge Frau im oft männerdominierten Umfeld etwa der Außenpolitik wahrgenommen wird.

Wir danken der EP-Parlamentariergruppe der EUD für die exzellente Zusammenarbeit im Rahmen von „MEET THE MEP“ sowie der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern für die wunderbare Gastfreundschaft. Die überaus positiven Rückmeldungen seitens der Teilnehmer zeigen, dass unser Veranstaltungskonzept in Brüssel offenbar einen Nerv getroffen hat. Wir freuen uns auf viele weitere „MEET THE MEP“-Veranstaltungen.

Benjamin Feyen/Julia Preiß